

Die öffentliche Meinung

THOMAS PETERSEN

Selten war das Bild Europas in der Öffentlichkeit so verwirrend, so widersprüchlich, wie in der ersten Hälfte des Jahres 2003. Die politischen Auseinandersetzungen um den Krieg im Irak, aber auch die Diskussionen um die Osterweiterung der Europäischen Union, eine gemeinsame EU-Außen- und Verteidigungspolitik sowie den Verfassungskonvent, haben das Bild der Europäischen Union durcheinander gewirbelt. Steht Europa eine Zeit der Schwäche und der Spaltung bevor, in der sich die Völker des Kontinents voneinander entfernen, wie es das inzwischen geflügelte Wort des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld vom „Alten“ und vom „Neuen Europa“ suggeriert? Oder sind umgekehrt die Massenproteste in den Hauptstädten Europas ein „Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit“, wie Jacques Derrida und Jürgen Habermas kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vermuteten?¹

Eine dauerhafte Spaltung Europas?

Schon seit langer Zeit muss man, wenn man die Haltung der deutschen Bevölkerung zur europäischen Einigung verstehen will, zwei Ebenen der Meinungsbildung unterscheiden, nämlich einmal die Ebene der aktuellen politischen Auseinandersetzungen, und zweitens die grundsätzliche, vom Tagesgeschehen unabhängige Einstellung gegenüber der europäischen Einigung. Auf der ersten Ebene, der der aktuellen Politik, hat die Bevölkerung in den vergangenen Monaten eine Vielzahl verwirrender Signale erhalten. Vor allem die Auseinandersetzungen zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung im Vorfeld des Irak-Krieges haben die Deutschen spürbar verunsichert. Über Jahrzehnte hinweg war sich die Bevölkerung der Freundschaft der Vereinigten Staaten sicher. Auf die Frage „Welches Land betrachten Sie als den besten Freund Deutschlands“ antwortete regelmäßig die Hälfte der Befragten: „Die USA“. Erst mit weitem Abstand folgte Frankreich mit weniger als 20 Prozent der Nennungen. Dieses Gefühl der Deutschen, sich auf die Vereinigten Staaten verlassen zu können, hatte auch in schwierigen Phasen der deutsch-amerikanischen Beziehungen Bestand, etwa in der Zeit der Massenproteste gegen die Nato-Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre. Nun jedoch, Anfang 2003, ist der Anteil derjenigen, die die Vereinigten Staaten als den besten Freund Deutschlands betrachten, von 50 auf 11 Prozent zurückgegangen.²

Ist nun diese Situation verknüpft mit einem stärkeren europäischen Bewusstsein, einem stärkeren europäischen Zusammengehörigkeitsgefühl, wie Derrida und

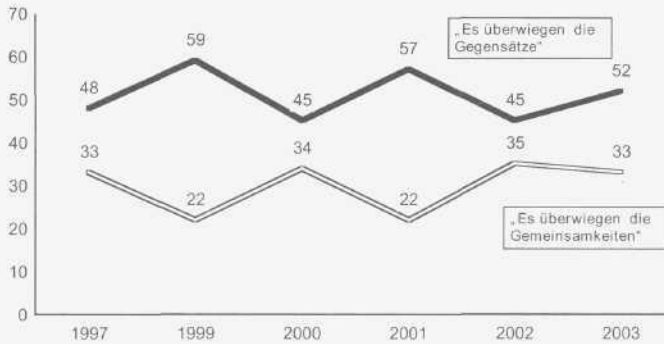
Habermas annehmen? Die Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach sprechen dagegen. Zwar ist der Anteil derjenigen, die nun Frankreich als den besten Freund Deutschlands bezeichnen, gegenüber der Mitte der neunziger Jahre von 18 auf heute 30 Prozent angestiegen,³ doch das ist nicht mit einer verstärkten Zuwendung zur europäischen Einigung gleichzusetzen. Hier ist keinerlei Aufbruchsstimmung zu entdecken, sondern eher Skepsis, fast eine resignierte Haltung. Ein Beispiel ist die Frage „Wenn jemand sagt, ‚ein wirklich vereintes Europa wird es nie geben. Die Auseinandersetzungen um einen Irak-Krieg haben doch gezeigt, dass sich die Länder Europas nicht einigen können.‘ Finden Sie, der hat recht oder nicht recht?“ 56 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass es nie ein vereintes Europa geben wird, nur 25 Prozent widersprechen.⁴ Ein anderes Beispiel für die eher pessimistische Haltung ist die Frage „Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?“ „Die gemeinsamen Interessen überwiegen“ meinten im März/April 2003 33 Prozent der Deutschen. Die Mehrheit, 52 Prozent, war der Ansicht, es gebe mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten.⁵

An der Frage, ob in Europa die Gemeinsamkeiten oder die Gegensätze zwischen den Ländern überwiegen, lässt sich gut illustrieren, wie wenig sich die Lage aus Sicht der Bevölkerung verändert hat. Von einem durch den Irak-Krieg veränderten Blick auf Europa, gar einer Initialzündung europäischen Bewusstseins kann keine Rede sein. Seit die Frage im Jahr 1997 zum ersten Mal gestellt worden ist, schwankte der Anteil derjenigen, die meinten, es gebe mehr Gegensätze als Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Ländern, zwischen 45 und 59 Prozent. Doch ein deutlicher Trend, der erkennen ließe, dass die Gesamtsituation der europäischen Einigung von den Deutschen heute anders eingeschätzt würde als vor sechs Jahren, ist nicht erkennbar. Die Bevölkerung ist, wie gesehen, sehr skeptisch, ob eine europäische Einigung auf Dauer gelingen kann, doch die Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg spielen dabei eine bemerkenswert geringe Rolle. Die Debatten, ob die scharfe Ablehnung des Irak-Krieges durch die deutsche und französische Regierung oder der gemeinsame Aufruf von acht europäischen Regierungschefs vom 30. Januar 2003, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak zu unterstützen, zu einer Spaltung Europas beigetragen haben, gingen an der deutschen Bevölkerung weitgehend vorbei. Das zeigen die Ergebnisse der Frage: „Einige Europäische Länder wie Großbritannien und Spanien haben sich ja schon seit längerer Zeit für einen Krieg gegen den Irak ausgesprochen, während andere europäische Länder wie Frankreich und Deutschland dagegen waren. Glauben Sie, dass dies die Europäische Union dauerhaft beschädigt hat, oder glauben Sie das nicht?“ Nur 18 Prozent der Deutschen sind der Meinung, die Uneinigkeit der Europäer in der Irak-Frage habe der europäischen Einigung dauerhaft geschadet. Fast zwei Drittel, 63 Prozent, glauben dies nicht. Diese Meinungsverteilung ist in allen Altersgruppen und Bildungsschichten der Bevölkerung gleichermaßen zu beobachten.⁶

Dominieren in Europa die Gegensätze?

Die Bevölkerung sagt „Ja“ - aber nicht häufiger als in den Jahren zuvor

Frage: „Würden Sie sagen, unter den Ländern der Europäischen Union überwiegen Gemeinsamkeiten und gemeinsame Interessen, oder überwiegen Gegensätze und unterschiedliche Interessen?“



An 100 fehlende Prozent: Unentschieden

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen Nr. 6047, 6076, 6089, 7006, 7021, 7041

Die vernachlässigte Emotion

Die Skepsis der Deutschen, ob die europäische Einigung Erfolg haben wird, hängt denn auch weniger mit den aktuellen Problemen in der Koordination einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik zusammen, sondern eher mit der zweiten Ebene der Meinungsbildung, der langfristigen, von der Tagespolitik unabhängigen Grundhaltung der Deutschen gegenüber Europa. Bereits die ersten Umfragen des Allensbacher Instituts unmittelbar nach seiner Gründung im Jahr 1947 haben gezeigt, dass die Deutschen ausgesprochen europafreundlich eingestellt sind. Daran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert. Zwar denkt auch die deutsche Bevölkerung in erster Linie in nationalen Kategorien, doch darüber hinaus hat für sie der Name Europa einen eigenen emotionalen Gehalt. Dies zeigen zum Beispiel immer wieder die Assoziationstests des Allensbacher Instituts. So sagen 73 Prozent der Deutschen, beim Stichwort „Europa“ könne man an „Zukunft“ denken, 80 Prozent denken an „Vielfalt“, 69 Prozent an Fortschritt, 73 Prozent an Frieden und 74 Prozent an Freiheit.⁸ An diesen Antworten hat sich in den letzten zehn Jahren nichts Wesentliches verändert. Diese Emotionen gegenüber Europa sind es, die die Deutschen zu Befürwortern der europäischen Einigung werden lassen, nicht die scheinbar vernünftigen wirtschaftlichen Argumente, die die öffentliche Diskussion beherrschen. Für die europäische Einigung war die deutsche Bevölkerung sogar schweren Herzens bereit, auf die D-Mark zu verzichten und den Euro zu akzeptieren. Dass die gemeinsame Währung wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt, hat sie nie geglaubt.

Doch die Europafreundlichkeit der Deutschen bleibt seit Jahren im Hintergrund, man kann sagen: nicht aktiviert. Vielleicht ist sie den Menschen selbst kaum noch bewusst. Es fehlen die Anstöße, die Argumente und Symbole, die der Bevölkerung

DIE POLITISCHE INFRASTRUKTUR

bewusst machen, dass ein historisch einmaliger Prozess in Gange ist, bei dem es nicht in erster Linie um Geld, sondern um den friedlichen Zusammenschluss ehemals verfeindeter Völker geht, um eine gemeinsame bessere Zukunft. Stattdessen ist die Berichterstattung seit Jahren beherrscht von Nachrichten über nur mühsam überwundene Streitigkeiten bei Gipfeltreffen über Fangquoten und Subventionen.

So bekommt ein wachsender Teil der Bevölkerung den Eindruck, es gehe nicht recht voran mit der europäischen Einigung, trotz der Erweiterung der Union um zehn neue Mitgliedsländer. Dass dies nicht immer so war, zeigen die Antworten auf die Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein, schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“ In den neunziger Jahren, unmittelbar nach der Deutschen Einheit, antworteten bis zu 45 Prozent der Befragten, sie wünschten sich, die europäische Einigung ginge etwas langsamer vorstatten. Angesichts der Umwälzungen innerhalb Deutschlands und der Energie, mit der der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl die europäische Einigung vorantrieb, fühlten sich viele Deutsche von den Ereignissen überrollt. Seit zwei Jahren jedoch ist der Anteil derjenigen, denen die europäische Einigung zu schnell geht, deutlich zurückgegangen, während die Zahl derer, die umgekehrt sagen, die Einheit Europas komme nicht schnell genug voran, angestiegen ist.

Geschwindigkeit der europäischen Einigung: Die Ungeduld ist gewachsen

Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein?
Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“



An 100 fehlende Prozent: „Weiter wie bisher“ oder Unentschieden
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt 7041.

Skepsis gegenüber der EU-Osterweiterung

Es deutet einiges darauf hin, dass viele Deutsche vor allem mit der Entwicklung der inneren Einheit Europas unzufrieden sind. Die Erweiterung der Union um weitere Mitglieder wird dagegen als zweitrangig empfunden. Dies zeigen beispielsweise

die Antworten auf die Frage „Welchen Weg soll Europa gehen: Was ist wichtiger, die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer zu vertiefen, also die politische Zusammenarbeit zu verstärken, oder ist es wichtiger, die EU zu erweitern?“ 76 Prozent der Befragten sprachen sich im März/April 2003 dafür aus, die Zusammenarbeit zu vertiefen, nur 8 Prozent meinten, es sei wichtiger die Europäische Union zu erweitern. Auch in den neuen Bundesländern mit ihren vielfältigen Kontakten nach Polen und in die Tschechische Republik meinten 68 Prozent, die Vertiefung der Beziehungen zu den bisherigen EU-Mitgliedern habe Vorrang.⁹

Von der Osterweiterung der EU erwarten viele Deutsche eine Schwächung des Zusammenhalts in Europa. „Glauben Sie,“ fragte das Allensbacher Institut im März/April 2003, „es wird Europa stärken, wenn sich die Europäische Union nach Osten erweitert und Länder wie Polen, die Tschechische Republik und Ungarn aufgenommen werden, oder wird es Europa schwächen?“ „Es wird Europa schwächen“ meinten 54 Prozent der Befragten, weniger als ein Fünftel, 19 Prozent, waren der Ansicht, die Osterweiterung werde Europa stärken.

Dementsprechend zurückhaltend antworten die Befragten auch auf eine Frage, bei der eine Liste mit verschiedenen Ländernamen überreicht wurde, und die lautete: „Hier auf dieser Liste sind einige Länder aufgeschrieben, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union sind. Was meinen Sie, welche davon sollten zur Europäischen Union gehören?“ Nur von der Schweiz (68 Prozent) und von Norwegen (76 Prozent) wünscht sich die Mehrheit der Deutschen, dass sie Mitglied der Europäischen Union werden. Erst mit weitem Abstand und nur von einer Minderheit genannt, folgen Ungarn (44 Prozent), Polen (35 Prozent) und die Tschechische Republik (34 Prozent). Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wird nur von 18 Prozent der Deutschen befürwortet. Sie gehört nach Überzeugung der Mehrheit nicht zu Europa dazu. Auf die Frage „Ist die Türkei für Sie ein europäisches Land, oder ist sie kein europäisches Land?“ antworten 53 Prozent, sie sei kein europäisches Land, nur 27 Prozent vertreten die Gegenposition.¹⁰ Nur wenn es der Europapolitik gelingt, diese vom Gefühl bestimmte Dimension des Themas Europa zu berücksichtigen, wird sie die Zustimmung der Bevölkerung für weitere Integrations- oder Erweiterungsschritte finden. Es mag viele gute wirtschaftliche und geopolitische Gründe für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei geben. Doch für die Bevölkerung wäre ein solcher Schritt unverständlich. Er würde dem Projekt eines vereinten Europa zumindest in Deutschland aus psychologischen Gründen schaden, denn die Bevölkerung könnte sich mit einem um die Türkei erweiterten Europa nur schwer identifizieren.

Der europäische Verfassungskonvent

Nach wie vor ist die deutsche Bevölkerung sehr schlecht über die Vorgänge bei der europäischen Einigung informiert. Für eine kurze Zeit, Ende 2000, Anfang 2001, hatte es den Anschein, als sei das Interesse der Bevölkerung an der Europapolitik angestiegen, als sei den Deutschen bewusst geworden, welche Tragweite die Entscheidungen in Brüssel für sie selbst haben.¹¹ Doch die dramatischen Ereignisse

der darauf folgenden Zeit – die Terroranschläge vom 11. September 2001, die Kriege in Afghanistan und im Irak, aber auch innenpolitische Themen wie der Bundestagswahlkampf 2002 – haben das Thema Europa wieder in den Hintergrund gedrängt. In dieser Situation erreicht selbst die Nachricht von einem historisch einzigartigen Unternehmen wie dem europäischen Verfassungskonvent nur eine Minderheit der Bevölkerung. Das zeigen die Reaktionen der Deutschen auf die Frage: „Die Europäische Union hat ein Expertengremium, den so genannten Verfassungskonvent, damit beauftragt, eine europäische Verfassung auszuarbeiten. Wussten Sie das, oder hören Sie das jetzt zum ersten Mal?“ Nur 33 Prozent der Befragten sagten im Frühjahr 2001, sie hätten schon einmal vom europäischen Verfassungskonvent gehört, 67 Prozent sagten, ihnen sei diese Nachricht neu. Dies ist auch deswegen bemerkenswert, weil das Unternehmen eines europäischen Verfassungskonvents bei den Deutschen auf eindeutige Zustimmung stößt. Auf die Frage „Finden Sie das gut, dass jetzt eine gemeinsame Verfassung für die EU ausgearbeitet wird, oder geht Ihnen das zu weit?“ antworten 50 Prozent „Das finde ich gut“, nur 18 Prozent sagen: „Das geht mir zu weit“. Auch bei anderen Frageformulierungen, bei denen auch die Bedenken hervorgehoben wurden, die man angesichts einer gemeinsamen europäischen Verfassung haben könnte, änderte sich am Ergebnis, der deutlichen Zustimmung zum Verfassungskonvent, nichts.¹² Hier ist es also bisher nicht gelungen, einen Fortschritt in der europäischen Einigung zu vermitteln, obwohl er auf die Zustimmung der Bevölkerung trafe, wenn sie nur davon wüsste. Es ist nicht gelungen, der Freude über ein sich vereinigendes Europa Nahrung zu geben, obwohl es an dieser Stelle möglich gewesen wäre.

Anmerkungen

- 1 Jacques Derrida, Jürgen Habermas: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 2003, S. 33-34.
- 2 Thomas Petersen: Gefährdete Freundschaft. Die Deutschen gehen auf Distanz zu Amerika. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 2003, S. 5.
- 3 Elisabeth Noelle: Ein Gefühl echter Freundschaft. Die Deutschen haben großes Vertrauen zu Frankreich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 2003, S. 5.
- 4 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.
- 5 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.
- 6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.
- 7 Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Petersen: Die Bürger in Deutschland. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Europa-Handbuch. Gütersloh 1999, S. 585-602.
- 8 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.
- 9 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041.
- 10 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7039, Februar 2003. Ausführlich zu diesem Thema: Renate Köcher: Wirtschafts- oder Wertegemeinschaft? Das Beitrittsgesuchen der Türkei entscheidet über den zukünftigen Weg Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 2003, S. 5.
- 11 Vgl.: Elisabeth Noelle-Neumann, Thomas Petersen: Die öffentliche Meinung. In: Werner Weidenfeld, Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, S. 303-308
- 12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.